

Erstein in Leipzig
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.
 Abonnementspreis
 für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
 pro Quartal.
 Monatlich-Abonnements
 54 Pf.
 werden bei allen deutschen Verlagsstellen
 und bei 2. und 3. Monat, und auf den
 1. Monat beliebig angenommen.
 Inserate
 alle Veranlassungen pro Zeile 10 Pf.,
 lang. Anzeigen pro Zeile 10 Pf.
 pro Zeile 10 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
 nehme an alle Verlagsstellen und Buchhandlungen des In- und Auslandes.
 Verlag: Expedition, 177 Elm Str. corner Broome. — Dr. Fern. Rippe, 245 West — 27 Str.
 Philadelphia: U. Sch. 208 North 2d Street.
 J. Bell, N. E. Cor. Charlotte & George Str.
 Hoboken N. J.: J. R. Gump, 215 Washington Str.
 Chicago: W. Saenger, 74 Clybourn Ave.
 San Francisco: J. Eng, 418 O'Farrell Str.
 London W.: W. H. Bellamy, 37 A Princeps Str. Leicester Squ.

Nr. 76.

Sonntag, 30. Juni.

1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.
 Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Belgien und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal;

bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.

Couvertisendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich, Ungarn, Luxemburg und Belgien wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Vertrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts“ unter Nr. 4132, Seite 110.

Wir fordern unsere Parteigenossen und Freunde auf, für zahlreiche neue Abonnements Sorge zu tragen. Die Zeiten sind ernst und schwer, sie fordern zur treuesten und energischsten Pflichterfüllung gebieterisch auf.

Leipzig. Expedition des „Vorwärts“.
 Farbverträge 12. II.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provozieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Von den Todten auferstanden!

Als im Winter 1876 die Strafparagrafen 130 und 131 der neuen Bismarck'schen Strafgesetznovelle vom deutschen Reichstage mit allen gegen die Stimme des alten Reaktions, Burggrafen von Calenberg, Vater des jetzigen Ministers von Calenberg, abgelehnt worden waren, da glaubte man nicht, daß es jemals eine Regierung wieder wagen würde, solche Gesetzesvorlagen aus der Kumpfkammer der Reaktion wieder hervorzuziehen.

Die Sozialistenvorlage im Mai dieses Jahres allerdings belehrt uns eines Besseren und jetzt heißt es sogar, daß die preussische Regierung die Frage ernstlich erwäge, ob nicht öffentliche Angriffe in Rede oder Schrift gegen die Institute der Ehe, der Familie, des Eigenthums u. mit Strafe zu bedrohen seien.

Es scheint, als ob man zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitationen auf den ursprünglichen § 20 des preussischen Pressgesetzentwurfs vom Jahre 1874 zurückkommen wolle: „Wer die Familie, das Eigenthum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer die Sittlichkeit, den Rechtsinn oder die Vaterlandsliebe untergrabenden Weise angreift, oder Handlungen, welche das Gesetz als strafbar bezeichnet, als nachahmenswerth, verdienstlich oder pflichtmäßig darstellt, oder Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erörtert, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu 2 Jahren bestraft.“

Dieser Paragraph erfährt bekanntlich im Bundesrathe eine Milderung, wurde aber gleichwohl vom Reichstage abgelehnt.

Wenn auch der Reichstag damals in erster Linie den Einwand erhob, daß derartige Vorschriften in das Strafgesetzbuch gehörten, so riefen dieselben doch sonst auf eine so große Abneigung bei allen Parteien, daß man hätte glauben sollen, der Regierung würde zu einer neuen für das Strafgesetzbuch präparierten Auflage die Lust vergangen sein. Dem war jedoch nicht so, die Novelle zum Strafgesetzbuch wollte denjenigen mit Gefängnis bestrafen, der die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreifen würde.

Dieser Antrag wurde, wie oben erwähnt, vom Reichstage fast einstimmig abgelehnt.

Und nun soll derselbe von den Todten auferweckt werden!? Wahrlich, es gab kaum je eine günstigere Zeit dazu. Das Nebengetränk und das Culengeschrei war noch niemals so laut im deutschen Reiche, wie jetzt.

Betrachten wir uns aber den Vorschlag der preussischen Regierung etwas näher, so finden wir, daß derselbe nicht allein reaktionär ist, sondern auch dem deutschen Strafrecht völlig widerspricht.

Nehmen wir zum Beispiel an, daß Jemand, der das Institut der Ehe durch Rede und Schrift angreift, (die Form des Instituts der Ehe wäre allerdings richtiger!) vom Staatsanwalt angeklagt und vom Gericht zu Gefängnis verurtheilt werden muß, so tritt uns als schneidender Gegensatz die Bestimmung unseres Strafgesetzbuchs vor Augen, daß Jemand, der das Institut der Ehe thatsächlich angreift, der Ehebrecher also, gar nicht bestraft werden kann, wenn die mitbetroffene Eheperson keinen Strafantrag stellt!

Der Graf, der Baron, der Offizier, der Bourgeois, welcher neben seiner Frau noch ein halb Duzend Waitressen und Huren hält, ist also nicht so schädlich für die Gesellschaft, als der Mann, der früher die christliche Ehe verurtheilte und die Eivilische anpreis und der jetzt die Eivilische in anderer Form will.

Das Institut der Familie! Wahrlich leichtfertig ist es von der preussischen Regierung, vor Angriffen gegen dieses Institut zu warnen, da die heutige herrschende Gesellschaft, welche von den Regierungen geschützt wird, durch die Ausbeutung der Kinderarbeit, durch die Ausbeutung der Frauenarbeit, durch die Ausbeutung der Arbeitskraft überhaupt das Institut der Familie in den weitesten Schichten der Bevölkerung selbst untergräbt. Und da soll derjenige bestraft werden, welcher laut bekennet, daß die heutige Familie, weit entfernt ein sittliches Institut zu sein, geändert werden muß und zwar auf den Grundlagen einer neuen sozialen Ordnung!

Und nun gar noch das Institut des Eigenthums! Eine Regierung, die nicht einmal die schändlichste, frivollste Veräußerung ihrer Staatsbürger durch das moderne Gaunerthum, durch das Grunberthum, verhindern konnte, die solche permanente thatsächliche Angriffe auf das Eigenthum geschehen lassen mußte, die will mit Gefängnis denjenigen bestrafen, der die Unsittlichkeit der heutigen Eigenthumsordnung an tausend Beispielen nachzuweisen und eine andere Eigenthumsordnung zum Heile des Staats und der Menschheit anzugeben vermag?

Und weshalb das Alles? Weil diese Regierung vielleicht glaubt, wir lebten in der besten der Welten? Weil sie sich wohl fühlt?

Wir können keine Antwort geben — die Regierung wird dem neuen Reichstage wiederum einmal das rothe Tuch vorhalten. Ist derselbe so verblendet, wie der Stier, so stürzt er darauf zu, das Tuch wird ihm über den Kopf geworfen und im Finstern springt er dann in die reaktionäre Sänftstut, in welcher er untergeht.

Offener Brief an meine deutschen Freunde.

Paris, im Juni 1878.

Berehrte Patrioten!

Nur zu lange habe ich gezögert, Ihnen ein Antwortschreiben auf Ihren sehr schmerzhaften Brief zukommen zu lassen. Ich sehe mich genöthigt, es meiner Trägheit zuschreiben zu müssen, die jedoch in den wenig Erholungstunden, die mir täglich zu Theil werden, ihren Entschuldigungsgrund findet. — Meine Freunde! Sie wünschen einmal von einem unparteiischen Manne zu erfahren, was er zu der politischen Gewitterschwüle sage, die das freie Völkchen im neuen deutschen Kaiserreiche geradezu unerträglich macht. Nunwohl! Ich werde Ihrem sehnsüchtigen Wunsche nachzukommen versuchen.

Mit ernstlichem Bedauern habe ich die sonderbaren Zustände in Ihrem lieben freien deutschen Vaterlande vernommen. Zunächst erfuhr ich die zwei Attentate auf das Leben des „Greises im Silberhaar“, und verleihe meiner Entrüstung hiermit Ausdruck. Ich könnte die menschenmörderischen Patrone banneln lassen, wenn ich nicht zu denen gehörte, die für „Abschaffung der Todesstrafe“ oft genug in die Schranken getreten. Bei den haarsträubenden Berichten, die nach hier gelangten, konnte ich mich unwillkürlich des Gedankens nicht erwehren: Wie wird Deutschland vor den Augen Europas die Herdenthat der wahnwitzigen Geschöpfe am sachlichsten kennzeichnen? Ich sagte zu mir: Am verständlichsten dadurch, daß es die „Herodotiden“ d. h. die vom „Größenwahn Besessenen“ als Tölpelhauler ausgiebt und ihnen die modernste Zwangsjacke anpaßt. Deutschland konnte unmöglich anders denken und handeln. Aber ich sollte einer bitteren Täuschung entgegensehen. Die moralisirende deutsche Reichsregierung hat es für gut befunden, sich eine Blöße vor den übrigen Nationen zu geben. Sie hat hinter den schändlichen Verbrechen ein „Complot“ vermutet und höllischen Dämon geschlagen; sie hat die Welt in Aufregung versetzt und in ihr mehr Staubwolken aufgewirbelt, als der Solano je nach Europa hinüberwehen konnte. Sie hat noch mehr gethan! Der schwerste Vorwurf trifft sie im „eigenen Lande.“ Dazu unternehmen es ihre vermeintlich treuen Soldschreiber ledlich, ihr „Beto“ in die Waagschale der „Justitia“ zu werfen und die Luft mit giftigen Miasmen zu verpesten, indem sie ausposaunen: „Die beiden Verbrechen seien identisch mit tausenden deutscher Unterthanen!“ — Wendet Euch, Ihr edlen Männer, von diesen käuflichen Seelen ab, die thatsächlich dem gefällten Geldsacke das Wort reden. Kann bei dieser Menschenklasse von Freiheit und Würde eines Volkes die Rede sein? Unmöglich! Wie mir vor Augen steht, billigt Ihre vaterländische Regierung das verwerfliche Spiel dieser Victoren, die nach Belieben ihre Ruttenbündel auf dem Rücken des deutschen Volkes tanzen lassen. Im Bunde mit dieser behänderten Ehrenlegion säet sie den Samen der Zwietracht unter das deutsche Volk. — Vielleicht können Sie mir stichhaltige Gründe angeben, die die deutsche Reichsregierung berechtigen, den Guerillakrieg gegen ein mündiges Volk in Scene zu setzen? Ich bin gespannt, meine patriotischen Freunde zu vernahmen und werde mir Lebenswasser verschaffen, um alsdann einer physischen Ohnmacht vorzubeugen. Sie können doch nicht leugnen, meine Theuren, daß Ihre staatliche Obrigkeit unerhört gegen eine Volkspartei vorgeht, welcher das höchste Ideal, das je gedacht werden kann, vor Augen steht. Das Wesen dieser Partei verdient in einem meiner nächsten Briefe lebhaft besprochen zu werden; umso mehr es die Bliescheibe schamloser Viteratoren geworden. Ich will mich nur auf das Eine beschränken

*) Wir erhalten vorstehenden Brief aus Frankfurt a. M. mit der Bitte, denselben abzudrucken.

D. R. d. „B.“

und hinderten auf meinen genialen Landsmann Turgot, der vor hundert Jahren den Amerikanern die Verwirklichung ihres Ideals mit den herrlichen Worten gewiseigt: „Die Gleichheit hält von den unermesslichen Regionen Amerikas sowohl den Luxus, wie den Mangel entfernt und bewahrt ihnen Reinheit, Einfachheit und Freiheit. Europa selbst wird dort die Hervollkommnung seiner politischen Gesellschaften und die sicherste Stütze seiner Wohlfahrt finden.“ — Ungefähr dasselbe wage ich heute an dieser Stelle dem deutschen Volke zuzurufen: Aus Deutschlands Ruinen werden nach hundert Jahren neue Lebensgrüner aufstrecken und ein friedliches Banner wird über den Häuptern der geeinten Völker flattern! —

Zum Schluß gelangend, will ich noch eine Thatsache, die mir ganz besonders in die Augen gefallen, kurz beleuchten. Die deutsche Regierung unternimmt es demnach, der sogenannten gemeingefährlichen sozialen Partei Druckschriften u. zu verbieten. Und das haben in Deutschland Patrioten ersten Ranges — wohl in schwachen Augenblicken — ausgehebt? Nimmermehr! Nun, an diese sollen die nachstehenden Worte hauptsächlich gerichtet sein. Der große Malesherbes sagte in einer seiner berühmten Abhandlungen, die Druckschriftenverbote betreffend: „Verbietet man Irrthümer durch den Druck zu verbreiten, so hemmt man möglicherweise den Fortschritt der Wahrheit, weil neue Wahrheiten immer eine Zeit lang für Irrthümer gelten.“ — Werden die liberalen Herren in Deutschland diesen gerechten Anspruch, weil ihn ein Franzose gethan, in Abrede stellen? Hören Sie weiter, was dieser ausgezeichnete Staatsmann in seiner Schrift „über Pressfreiheit“ sagt: „Freier Meinungsaustrausch ist das sicherste Mittel, einem Volke die Kenntniß der Wahrheit zu geben. Noch nöthiger aber wird es, das Volk zu unterrichten, wenn seine Abgeordneten über das Wohl des Staates verathschlagt; denn ohne Pressfreiheit kann es keine vollkommene Volksvertretung geben.“ — Und ferner heißt es darin: „Censur beruht auf einem falschen Grundsatze. Niemand kann Vorgesetzter der Gedanken eines andern Menschen sein. Die Staatsgewalt kann zwar den Bürgern Gesetze über ihre Handlungen geben, über ihre Gedanken aber hat sie keine Herrschaft. Hätte solche Gewalt eingeführt werden können, so wären wir Barbaren geblieben, denn die meisten vorleuchtenden Geister, die an unserer Bildung gearbeitet haben, sind von Kirche und Staat verfolgt worden.“

O würden sich das die trefflichen Geistes Anatomen in Deutschland gesagt sein lassen! Sie, die im Leben so viel gelernt und erfahren haben wollen, hätten sich ein leuchtendes Beispiel an dem redlichen Malesherbes nehmen sollen und man würde heute vergeblich die zahlreichen Opfer einer ungeheuerlichen Polizei in vermoderten Kerkeren vorfinden können. Doch sachte! Noch ist es Zeit, an eine ernsthafte Reform zu denken!

Gegenwärtig ist es der bleierne Schlaf, der sich auf die Lider des deutschen Volkes senkt. Erwacht es, dann wird Deutschland einer Zeit entgegengehen, die zwar noch große und schwere Opfer erfordern wird; aber die Gewitterwolken werden sich dann auch verziehen und hereinbrechende Sonnenstrahlen künden der erwachenden Menschheit — den nahenden Völkerrückgang!

Meine Freunde! Nach dem, was Sie gehört haben, werden Sie mich fragen, wie ich dazu komme, so freimüthig loszudonnern. Darauf muß ich Ihnen entgegen: Daß mich eine alte Unabgänglichkeit so ziemlich zum Deutschen gestempelt, und Sie werden meinen Eifer um so natürlicher finden. Sie wünschen zu erfahren, was ich zu der deutschen politischen Gewitterschwüle sage, und ich habe Ihnen, allerdings in einem salbungsvollen Tone, geantwortet. Dabei hat Ihre Reugierde, die mich veranlaßt, unseinerwillige Donnerkeile in Ihren patriotischen Freundeskreis zu schleudern, empfindliche Einbuße erlitten. Nicht wahr? — Werden Sie mir darob zürnen? ... Vielleicht!

So leben Sie wohl!
 Gg. Dumont.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wie's gemacht wird. Das königlich preussische Landrathsamt zu Franzburg in Pommern veröffentlicht in dem Amtsblatt vom 12. Juni folgenden Ausruf:

„Im Erlasse (Calenberg juniors) vom 1. Juni d. J., durch welchen die Behörden angewiesen werden zum Einschreiten gegen die Sozialdemokratie bedarf es der Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben können nicht oft und nicht nachdrücklich genug auf die Gefahren, welche der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung seitens der Sozialdemokratie drohen und auf die Nothwendigkeit hingewiesen werden, der letzteren durch gemeinsame, zweckentsprechende Thätigkeit entgegenzuwirken.“

„In solchem nachhaltigen, kräftigen und siegreichen Kampfe rufe ich auf, und Angesichts der neuen Schandthat vom 2. Juni d. J., welche das Leben unseres theuren Kaisers und Königs gefährdet, hoffe ich, daß Niemand in unserm Kreise Franzburg von solchem Feldzug und Kampfe zurückbleiben wird. Nur verworfene Gemeinheit — oder arge Theorie kann sich zur Lehre der Sozialdemokratie bekennen. Denn was ist diese Lehre, losgelöst von umgebenden Pfaffen und beschönigenden Floskeln? Der wirkliche Kern heißt: Theilung des vorhandenen Volksvermögens und des Eigenthums! Todtschlag und Mord eines Jeden, welcher besitzt und nicht theilen will! Vernichtung von Kultur und Sittlichkeit! Was muß hier von die Folge sein? Neue Theilung am nächsten Tage, gefordert von dem Wiederlichsten, der am nächsten Tage schon wieder weniger als der Andere besitzt! Neuer Todtschlag und Mord und sofort — ein Kampf unter entmenschten Menschen ärger wie ein Kampf unter entmenschten Menschen ärger wie ein Kampf unter wilden Thieren und als Rest ein Haufen von sich bekämpfenden Mör-

bern — sicherer Ruin eines Jeden, auch des Geringsten. Ich nehme an, daß selbst unter Sozialdemokraten nicht Alle sich klar sind über diesen faktischen Erfolg ihrer Träume. Klar und bewußt sind sich darüber vielleicht nur die Führer — verantwortlich aber bleiben außerdem auch die Verfänger, daß sind die Agitatoren. Gegenwärtig führen diese Menschen aus den Sammlungen der behörten Menge — auf fremde Kosten — ein recht angenehmes Leben; sie fahren in der Welt umher für fremdes Geld und halten phrasenhafte Reden — das ist ihr Metier und einträgliches Handwerk. Später, falls ihre Wünsche in Erfüllung gehen könnten, würden sie zu Tyrannen sich aufwerfen und — so lange sie dem Morde, welcher dann auch auf sie lauern würde, entgehen — die behörte Menge knechten. Glauben thun sie selbst nicht, was sie lehren. Gegen die verbrecherische Agitation, welche auf Thorheit, wie eine Pestilenz wirkt, rufe ich auf zum Kampf! Duldet es nicht, daß in Eurer Gegenwart — an öffentlichen oder an privatem Ort — lästerliche Rede geführt wird, über den König und Vaterland, über Gottesglauben und Kirche, über die bestehende gesellschaftliche Ordnung. Greift und haltet fest Jeden, der solches thut und überlegt ihn in sicherem Transport durch die Ortsbehörde dem Richter zur Bestrafung. Ruht nicht, wenn Ihr durch Hörensagen von solcher geifernden Rede erfahrt, sondern zeigt den Frevler an, daß er Strafe erhält! Das ist der Weg, wie Jeder, auch der Geringste beitragen kann im Kampf gegen die Sozialdemokratie zur Rettung der menschlichen Gesellschaft. Niemand möge die Nützlichkeit solcher Thätigkeit scheuen — sie ist erforderlich zur Rettung des eigenen Wohls und Lebens.

Die Ortsbehörden haben Vorstehendes in ortsüblicher Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Außerdem ist Vorstehendes jedem Inhaber von Gast- und Schankwirtschaft zur besonderen Beachtung vorzulegen, mit dem Bedenken, daß ich die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften verantwortlich mache für jede sozialdemokratische Rede und Sprache in ihren Lokalen und daß ich — falls ich in Erfahrung bringen würde, daß sie stillschweigend und ohne Anzeigerstattung dergleichen geduldet haben — die ganze Strenge des Gesetzes gegen sie zur Anwendung bringen werde.

Prachtvoll! Unsere Kultur, Bildung und politische Reife hätte nicht glänzender betätigt werden können, als durch dieses landräthliche Nachwerk.

Auch außerhalb Preußens wird in ähnlicher Weise verfahren. Das württembergische Ministerium des Innern hat einen Erlaß an die Oberämter gerichtet, worin dieselben aufgefordert werden, die Agitation der Sozialdemokraten scharf zu überwachen; namentlich soll darauf gesehen werden, daß die Behörde im Stande ist, zu beurtheilen, ob die Tagesordnung nichts Ungeheures enthalte; verspätet angezeigte Versammlung oder solche mit ungeheurer Tagesordnung sind zu verbieten. In die Versammlungen der Sozialisten sollen nunmehr nur höhere Polizeibeamte zur Ueberwachung entsendet werden, um rasch beurtheilen zu können, ob eine Neuerung des Redners strafbar sei, da den Polizeibeamten die Befugung erteilt wurde, Redner, welche sich in strafbarer Weise äußern, sofort zu verhaften und dem zuständigen Richter vorzuführen, geringere Verfehlungen aber dem Staatsanwalt anzuzeigen. Namentlich sollen keine Angriffe und Verhöhnungen der Religion und keine Aufreizung der verschiedenen Gesellschaftsklassen gegeneinander geduldet werden. Der Erlaß trägt das Datum des 11. Juni.

Nun — wir werden es uns ad notam nehmen, sind aber begierig zu erfahren, wie den „höheren Polizeibeamten“ in aller Geschwindigkeit die nöthigen Gesetze- und sonstigen Kenntnisse beigebracht werden sollen, um unterscheiden zu können, was verhaftenswerthe Neuerungen sind, was unter „Verhöhnungen der Religion“ zu verstehen ist, und wo die Aufreizung der verschiedenen Gesellschaftsklassen gegen einander anfängt strafbar zu werden. Daß man zur Entziehung des Lebenserwerbs, zur Verhängung des Hungertodes, zur Todtprügelung und Ausrottung bestimmter „Gesellschaftsklassen“ „aufreizt“, ist bekanntlich nicht strafbar, denn sonst müßten sämtliche liberale und reaktionäre Zeitungsredactoren Deutschlands jetzt hinter Schloß und Riegel sitzen.

Hamburg gegen Preußen. Neuerdings sind wiederum den Mitgliedern des Bundesraths aus einzelnen Staaten Vor-

stellungen von Seiten der preussischen Regierung gemacht worden, daß sie nicht stramm genug gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Bei dieser Gelegenheit soll die Neuerung der hamburgischen Bevollmächtigten, daß eine möglichst große Mäßigung in der Verfolgung der Sozialdemokratie, ihrer Meinung nach, gerade das wirksamste Mittel sei, die sozialdemokratische Agitation in gesellschaftlichen Bahnen zu halten, sehr befreundet haben. Uebrigens sollen die gedachten Bevollmächtigten die bestimmte Behauptung gemacht haben, daß in Hamburg kein Sozialdemokrat aus der Wahlurne hervorgehen werde, wogegen in Altona allerdings die Aufregung in den unteren Volksschichten merklich gestiegen sei. — Was Wahres an dieser Mittheilung ist, die wir einem liberalen Blatte entnehmen, können wir natürlich nicht wissen.

Ausgelogen! Nach dem Nobilingattentate krochten täglich sämtliche liberale und conservative Zeitungen von den haarsträubendsten Lügen über Nobiling, Complotte und über die damit zusammenhängende Sozialdemokratie. Seit fast vierzehn Tagen findet man in den liberalen oder conservativen Blättern kaum mehr den Namen: „Nobiling“ oder das Wort: „Complot“. Die verleumderische Litteraturbande hat sich eben gründlich ausgelogen.

Zu dem von uns schon erwähnten Erlaß des „jüngern“ Calenberg findet sich eine Stelle, die hervorgehoben zu werden verdient. Der Minister verlangt einerseits die strengste Handhabung der bestehenden Gesetze, andererseits die Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, und fährt fort: „Diese Arbeit im Interesse des Gemeinwohl wird freilich nur allmählich zum Ziele führen, zumal da, wo die Sozialdemokratie bereits festen Fuß gefaßt hat. Wo aber die sozialdemokratische Bewegung erst Boden zu gewinnen sucht, wird, wie die Erfahrung zeigt, durch rechtzeitige Abwehr auch ein unmittelbarer Erfolg sich erreichen lassen.“ Dazu bemerkt die „Boschische Zeitung“ von ihrem Standpunkt aus ganz korrekt: „Man — die sozialdemokratische Bewegung ist kein Ding, das man „abwehren“ kann wie ein Rudel Wölfe, oder die Rinderpest — was bekanntlich auch nicht immer gelingt.“ Der Minister giebt also zu, daß auch mit den jetzt vorhandenen Mitteln das Ziel, wenn auch nur allmählich, erreicht werden kann. Wie stimmt dies mit dem Höllelärm der gouv.mental Pressen über die Haltung der liberalen Parteien bei der Abstimmung vom 24. Mai? Sodann aber: wer trägt die Schuld daran, daß die „rechtzeitige Abwehr“, durch welche das Umsichgreifen der Sozialdemokratie überhaupt verhütet sein würde, unterlassen worden ist?

Gelegentlich des Marx'schen Briefs erinnerten verschiedene Zeitungen, u. A. die „Berliner Volkszeitung“, an die Thatsache, daß in der Confliktsperiode auch Liebknecht für Bismarck gekämpft werden sollte. Mit Bezug hierauf schreibt nun ein Reptil in der durch und durch reptilisirten „Deutschen Reichs-Correspondenz“:

„Eine eigenthümliche Rolle spielt in neuerer Zeit die Berliner „Volkszeitung“. Während in früherer Zeit dieses Blatt sich als den Sozialdemokraten entschieden feindlich gesinnt dokumentirte, hat es sich seit dem Attentat dermaßen geändert, daß es von den Blättern dieser Partei nicht nur nicht mehr angefeindet wird, sondern sogar wiederholt die zweifelhafte Ehre genießt, vom „Vorwärts“, der „Berliner Freien Presse“ und anderen Blättern dieser Richtung das Aitel eines mufterhaften Wohlverhaltens ausgestellt zu erhalten. Heute veröffentlicht das genannte Blatt nach der Londoner „Daily News“ einen Brief von Karl Marx mit der Ueberschrift: „Fürst Bismarck und die kommunistische Internationale.“ In diesem Brief erzählt Karl Marx, indem er den gegenwärtigen Geheimen Legationsrath Lothar Bucher anlässlich der Ernennung desselben zum „secrétaire archiviste“ des Congresses mit Rücksicht auf dessen frühere politische Ansichten verdammt, daß Bucher ihm (Marx) mit der Zustimmung des Fürsten Bismarck die Redaction der Börsenabtheilung des „Preussischen Staatsanzeigers“ angetragen habe. — Der alte Revolutionär Marx in London hat in seinem Leben schon so viele Unwahrheiten in die Welt gesetzt, daß man sich über diese neue gar nicht mehr wundern kann. Wenn aber die „Volkszeitung“ nur einigermaßen gefunden Verstand ange-

wendet hätte, als sie das Marx'sche Schreiben las, so hätte sie sich sagen müssen, daß zur Zeit, als nach Marx' Behauptung ihm jene Stelle beim „Staatsanzeiger“ angetragen sein soll — kurz nach Lassalle's Tode — noch nicht einmal die „Volkszeitung“ daran dachte, einen eigenen „Börsen-Redacteur“ anzustellen (trotzdem von Herrn Dunder auch das „Börsenreferent“ dieses Blattes, der vollkommen mittellos war, bei einem hiesigen Bankgeschäft Differenzen von circa 16,000 Thalern auszugleichen „vergessen“ hatte). Das amtliche Blatt, der „Staatsanzeiger“, fand sich aber, durch die anderen Blätter erst viele Jahre später als die „Volkszeitung“ gezwungen, einen eigenen „Börsenredacteur“ anzustellen. Wenn aber nun weiter diese „Volkszeitung“ in ihrem Raisonnement über den Marx'schen Brief hinzufügt, daß die Thatsache, daß die Regierung des Fürsten Bismarck das anerkannte Haupt des Sozialismus in der Redaction des „Preussischen Staatsanzeigers“ anstellen wollte, sich ebenbürtig den anderen Thatsachen anreihet, daß nämlich Braß, nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ von der Regierung erkaufte war, dem Communisten Liebknecht zwei Spalten für sozialdemokratische Studien in dem nunmehrigen Regierungsorgan zur Verfügung stellte — so heißt das nichts anderes, als eine Unwahrheit mit zwei anderen Unwahrheiten decken. Zunächst ist es unwar, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ durch den verstorbenen Dr. Braß mit dem Gelde der preussischen Regierung gekauft worden ist. Wir können dies auf Grund der sichersten Beweise versichern und zu größerer Befriedigung noch hinzufügen, daß die ehemalige „Montagszeitung Berlin“, welche später von Braß in die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ umgewandelt wurde, nicht von preussischem Gelde und nicht durch Braß, sondern aus österreichischen Mitteln und durch eine dritte Person angekauft wurde, welche den damals in Genf weilenden Braß hierher berief, um aus dem Wochenblatt eine täglich erscheinende Zeitung zu machen und diese im Sinne „Großdeutschlands“ — mit österreichischer Spitze — zu redigieren. Braß berief zu seiner Hilfe den in London weilenden — großdeutsch gesinnten — ihm aus der badiischen Revolution bekannten und befreundeten Liebknecht nach Berlin und übertrug ihm namentlich die Bearbeitung der Rubriken England und Amerika. Liebknecht blieb so lange in der Redaction des Blattes thätig, bis Braß die österreichische Fessel abschüttelte und bei Beginn des „Conflicts“ für das „Ministerium Bismarck“ eintrat. Liebknecht hat somit niemals „für Bismarck“ eine Zeile geschrieben.“

So das Reptil. Wahr ist an diesem Geschreibsel nur, daß Liebknecht „niemals“ für Bismarck eine Zeile geschrieben. Wahr ist aber auch, daß ihm nicht bloß einmal, sondern mehrere Male das Anerbieten gemacht wurde, „für Bismarck“ zu schreiben, und zwar unter pekuniär und sonst sehr verlockenden Bedingungen. Zum letzten Versuch bediente man sich weiblicher Vermittlung, und zwar gegenüber der Frau des — gerade abwesenden — Liebknecht, die vor die Alternative: Gute Versorgung und glänzende Zukunft oder: vollständiger Ruin und Ausweisung gestellt ward. Natürlich scheiterte auch die weibliche Vermittlung. Mit der Alternative hatte es aber keine Richtigkeit: die Ausweisung Liebknecht's wurde in Scene gesetzt.

Wer die ersten Gründungsgelder der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gegeben hat, wissen wir nicht, es ist auch ganz gleichgültig. Erwähnt sei nur, daß Liebknecht, so lange er in der Redaction der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ war, nicht ein Wort über innere Politik, und über auswärtige Politik keine Zeile geschrieben hat, die er — von selbstverständlichen Freihütern abgesehen — nicht auch heute schreiben könnte. —

Offenes Geständniß. Ein Liberaler schreibt aus Thüringen der Berliner „Volkszeitung“, daß er in Bezug auf das Fürstenthum Greiz keine Hoffnung habe, den sozialdemokratischen Candidaten verdrängt zu sehen; trotz des Bündnisses der Liberalen, Fortschrittler und Conservativen werde der Sozialist siegen. Und dabei wird, worauf es hauptsächlich ankommt, constatirt, daß die Polizeimaßregeln gegen die Sozialdemokratie bei einem Theil der ärmeren Bevölkerung einen entgegengesetzten Erfolg, als den beabsichtigten hervorbringen. — Hierzu constatiren wir, daß das nicht

Glend meiner Landsleute niemals Hilfe versagt, so lange ich unter solchen Verhältnissen lebe, daß ich auf Erwerb zählen dürfte. Es beläuft sich auf Tausende, womit ich — selbst nothleidend — von meinem schwer Erworbenen Andere unterstützen, bei denen ich wahrlich nur Uudank erntete. Aber nun bin ich längst nicht mehr in der Lage, helfen zu können. Seit die patriotische Pflicht mich nöthigte, aus England nach Italien zu übersiedeln, habe ich keinen Erwerb. Mit den ersparten Resten des schweren Verdienstes der ersten zehn Jahre meines Exils friste ich länglich meine alten Tage, und nun gehen auch diese Reste zur Neige; nicht daß ich Ueberflüssiges besäße, bin ich kaum im Stande, meine knapp bemessenen Bedürfnisse zu decken. Ich bedaure Sie, kann aber weder Ihnen, noch sonst Jemandem in meinem Glend helfen. Kossuth m. p.

Herr Faucher, der volkswirtschaftliche Charlatan und Postenräuber, der Erfinder des „Entbehrungslohns“, ist gestorben. Er behauptete allen Ernstes, die soziale Frage werde für jeden einzelnen Arbeiter durch Anschaffung einer Uhr und eines Thermometers gelöst, denn die Uhr gebe die nöthige „Zeit“, und „Zeit sei Geld“, und der Thermometer ermögliche ein gesundes Leben. Der größte Scherz, den er je hatte, wurde ihm durch die Drohung verursacht, man werde seine „wissenschaftlichen Vorträge“ stenographieren. Der gute Mann warf nämlich mit riesigen Zahlen um sich, gab alle aus dem Gedächtniß und bis auf Heller und Pfennig, und — Alles war Faucher'sche Phantasie. Und der Mann galt lange in Deutschland für einen „großen Nationalökonom“. O „Volk der Denker“ und „Land der Wissenschaft!“ — Auch der Agrarier Markus Antonius Riendorf ist gestorben.

Der arme Pirsch. Wäzchen hat seit den letzten Wahlen so viele lustige Kapriolen den Herren Fortschrittler vorgemacht, um sich deren Vertrauen zu verdienen, daß man wohl annehmen mußte, der erste Wahlkreis in Berlin wäre dem Kernstein für alle Zeiten gesichert. Nun aber hören wir, daß die undankbaren Fortschrittler ihn aus seinem Wahlkreise exmittirt und den Abg. Eugen Richter aufgestellt haben. Das sozialistenfresserische Wäzchen hat seine Schuldigkeit gethan — es kann gehen.

Am 24. d. Mts., Abends, fand in Cannstatt unter großer Theilnahme die Enthüllung des Grabdenkmals für Freiligrath statt. Nach einer Weisrede des Professors Klüber fiel die Hülle, gezogen von jugendlichen Einikeln des Gefeierten. Die eiserne Kolossalhülle ist ein Werk Donndorf's.

Schutzmannsvorsicht.

Wer auf den „Vorwärts“ abonniert,
Wird arretirt,
Die Wand mit Bebel's Bildniß ziert,
Wird arretirt.
Wer eine Ankunst refusirt
Wird arretirt,
Wird arretirt, wird arretirt, wird arretirt.

Wer Landpartien arrangirt,
Die Warschilasse intonirt,
Wer nicht auf Liebknecht raisonirt
Wird arretirt.
Wer Werke von Lassalle studirt,
Wer mit Carl Marx correspondirt,
Wer für Gefang'ne collectirt
Wird arretirt.

Wer gegen Härte protestirt,
Wer je am Strife participirt,
Wer über Freiheit debattirt
Wird arretirt.
Wer rothe Nellen cultivirt,
Wer in Petroleum speculirt,
Wer Reaktion perhorrescirt
Wird arretirt.

Wer Bürger Bourgeois titulirt,
Dem uns're Heeresmacht aigrirt,
Wer Democraaten invitirt
Wird arretirt.

Wer jede Ansicht estimirt,
Dem Lynchjustiz nicht conventirt,
Selbst wer sich zeigt zu reservirt
Wird arretirt.
Wer nur zu musen noch probirt,
Wer sich nicht zeigt consternirt
Ja, wer nicht ganz den Kopf verliert
Wird arretirt.

(Aus der „Frankf. Latern“.)

Sprüchwörterammlung.

Neue verballhornisirte Auflage.

Wer Ah! sagt, muß auch Väh! sagen (nationalliberal).
Bleibe im Sande und wehre dich thätlich (sprechtathensisch).
Tessendorff weiß schon, wo er den Rost holt (criminalistisch).
Es ist dafür gesorgt, daß die Freiheitsbäume nicht in den Himmel wachsen (neuwählerisch).

Gleiche Brüder, gleiche Huppen (congresslich).
Viele Lumpenbunde sind des Hasenclever's Tod (sozialdemokratisch).
Wer den Vaden hat, darf für den Bankrott nicht sorgen (industriell).

Preuss'ch Courant hift durch's ganze Land (volkswirtschaftlich).
Praktisch gewählt und kräftig geworden
Heißt den Wählern die Rechnung verborgen (fortschrittlich).
Gram und Roth macht Rahme roth (politisch).
Der Wähler ist schlimmer als der Krakebler (bundesrathlich).
Ein Jeder für sich, die Türkei für uns Alle (europäisch).
(Aus der „Frankf. Latern“.)

Ein Brief Kossuth's. Der Szatmarer Einwohner Baruch Haupt hat sich an Ludwig Kossuth um Erlass jener 40,000 Fl. gewendet, die er für zur Zeit des Freiheitskrieges effectuirt Lieferungen für die Honvedschaft zu fordern hat und durch deren Verlust er zu Grunde gerichtet wurde. Ludwig Kossuth hat dem Genannten mit folgendem Briefe geantwortet, den wir nach „Szatmar“ reproduciren: „Collegno al Baraccone, 28. Mai 1878. Mein Herr! Sie wenden sich an mich, gerade an mich, den vermögenslosen alten Exilirten, ich möge Sie vom Abgrunde der Verzweiflung retten, in welche Sie mit Ihrer Familie dadurch gerathen sind, daß Sie jener 40,000 Fl. verlustig gingen, die Sie für die Lieferungen zu bekommen hatten, welche Sie zur Zeit des Freiheitskrieges effectuirt. Es ist traurig, daß die Nation, die so viel Schulden übernommen hat, zu welchen sie nicht verpflichtet war, Dasjenige nicht zahlt, was sie schuldet. Allein ich kann nicht statt der Nation zahlen. Nicht der Mangel an gutem Willen, sondern mein Unvermögen ist Schuld daran, daß ich keines Menschen Glend mehr zu lindern vermag. Mit einer Handtasche am Arme, die etwas Leinwäsche enthält, habe ich vor 20 Jahren von unserm tiefgebeugten Vaterlande Abschied genommen — mit reiner, aber leerer Hand, ganzlich arm. Mit schwerer Arbeit, unter fortwährenden Sorgen habe ich für mich und meine Familie das tägliche Brod erworben; aber, obgleich ich selbst Mangel litt, habe ich doch dem

allein in Greiz so ist, sondern in ganz Deutschland und nicht allein „bei einem Theil der ärmeren Bevölkerung“, sondern bei allen anständigen und ehrenhaften Menschen.

— Neben Laster und Verräthigen ist nun auch Delbrück auf die Bismarcksche Proscriptionsliste gekommen. Herr Delbrück in Opposition — das wird ein Schauspiel für Götter geben. Daß aber solche Männer der offiziellen Achtung verfallen können, beweist, wie unendlich weit wir es gebracht, und welch wunderbares Talent unser Herr Reichskanzler besitzt, Reichsfeinde zu schaffen.

— Aus einem Berliner Waszettel leistet Herr Redakteur Biedermann zu Leipzig ein Denunziationsstück gegen die „Berliner Freie Presse“, indem er derselben unterschiebt, daß sie die Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung für ungerecht erklärt habe, obgleich sie nur gesagt hat, daß eine Verurtheilung in solchen Fällen fehlerhaft sei, in denen nicht ein direkt beleidigendes Wort gefallen sei. Die „Berliner Freie Presse“ erklärt solche Urtheile aber aus der Aufregung, in welche auch die Richter nach dem zweiten Attentat gerathen sind. Redakteur Biedermann möge übrigens nur das Urtheil eines Juristen in der Berliner „Volkszeitung“ lesen, welches wir im Feuilleton unserer Nummer 73 abgedruckt haben. Aber auch die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ hat erklärt, daß die hohen Verurtheilungen nur durch die herrschende Aufregung erzielt worden seien. Davon will der Redakteur Biedermann nichts wissen oder er weiß nichts davon — im ersten Falle ein netter „Biedermann“, im zweiten Falle ein netter Redakteur.

— Aus Leipzig erhalten wir vom 27. Juni folgende Zusage: „Gestern Abend war ich unfreiwilliger Zuhörer eines Gesprächs zweier Chargirter der hiesigen Garnison, nach welchem eine Dislocation der Truppen bevorsteht, und zwar dergehalt, daß die beiden hiesigen Regimenter in preussische Garnisonen, und umgekehrt preussische Regimenter hierher verlegt werden sollen.“

— Ein liberaler oder konservativer Lump und Denunziant hat folgenden Blödsinn in Labiau an ein Haus auf dem Marienplatz als Plakat geklebt:

Labiau, 19. Juni 1878. Zu dem Attentat Robiling's füge ich hinzu, daß es nur recht und billig ist dem Kaiser zu erschießen. In vier Wochen ist der Kaiser eine Leiche und wir werden unser Ziel erreichen, wonach wir lange Jahre gestrebt haben. Einen von den Verschworenen trifft das Los. An allen Orten werden diese Fettel erscheinen. Lassen sie die verhassten nicht los, so geschieht das Schreckliche. Im Namen der Sozialdemokraten von Labiau. Forstet nicht, wer es geschrieben hat, sonst kostet es euch fürchterliche Opfer. Wir rächen und blutig.

Die liberalen und konservativen Zeitungen bringen natürlich solche abgestandene Denunziation, welche selbst der Polizei zu dünn ist, als baare Münze, um gegen die Sozialdemokratie zu gehen. Redakteur Biedermann zu Leipzig selbstverständlich, aber auch der „Hamburgische Correspondent“ hat sich dessen nicht geschämt.

— Gegen 300 Jahre Gefängniß sind im „herlichen“ deutschen Reiche, welches Fürst Bismarck so schön, so frei, so einzig gemacht hat, in einem Monate, im Monate Juni 1878, wegen Majestätsbeleidigung verhängt worden. — Unsern Nachkommen zum ruhmvollen Gedächtniß!

— Die Majestätsbeleidigungs-Epidemie ist zwar in der Abnahme begriffen, tritt aber doch noch hier und da mit ziemlicher Heftigkeit auf. Sehr bezeichnend ist, daß in Sachsen und Hamburg, wo die Sozialdemokratie bekanntlich relativ ihre meisten Anhänger hat, die Majestätsbeleidigungen auch relativ am seltensten vorkommen. Es erhellt aus dieser Thatsache, daß die Sozialdemokraten, obgleich prinzipielle Gegner der Monarchie, an politischer Bildung zu hoch stehen, um Majestätsbeleidigungen zu begehen.

— Der „Rädelsführer“ des Prager sozialdemokratischen Geheimbundes, so melden die Bourgeoiszeitungen, Buchbinder Anton Szapel, wurde am 20. Juni auf seiner Flucht in Bissen, wo er einen Geldbrief, der ihm posteo restante nachgeschickt war, verhaftet und am 21. dem Prager Landesgerichte eingeliefert. Natürlich gelogen.

— Die Sozialdemokraten der Schweiz haben für ihren Antrag auf staatliche Uebernahme des Getreidehandels schon mehr als die nöthigen 5000 Unterschriften zusammen.

— Vom Kriegsschauplatz. Die confiscirte „Westfälische Freie Presse“ in Dortmund ist auf richterlichen Beschluß wieder freigegeben worden. — Genosse Priewitzer in Darmen, Redakteur der „Bergischen Volksstimme“ ist am 26. Juni verhaftet worden. — In Darmen wurde am 24. Juni eine Versammlung in ungesetzlicher Weise aufgelöst; der Polizeicommissarius erklärte, daß jugendliche Leute anwesend seien und löste sofort die Versammlung auf. Dazu hatte er das gesetzliche Recht nicht. Er konnte die Versammlung nach dem preussischen Vereinsgesetz nur auflösen, wenn auf seine Aufforderung hin die jugendlichen Personen nicht entfernt wurden. Was sagt Herr von Bennigsen, der die Polizei förmlich aufgehetzt hat durch seine Reichstagsrede, zu den ungesetzlichen Folgen, welche dieselbe hervorgebracht hat. — Der sozialdemokratische Arbeiterverein in München ist geschlossen worden. — In Solingen ist Genosse Lichtenberg zu vier Monaten Gefängniß wegen Beleidigung des Elberfelder Gerichts verurtheilt worden. — Am 20. Juni wurde die „Süddeutsche Volkszeitung“ in Stuttgart confiscirt. Genosse Löffau verhaftet. Am 21. wurde daselbst eine Privatunterhaltung von der Polizei aufgelöst, nachdem in derselben Genosse Dull zum Reichstagscandidate für Stuttgart empfohlen worden war. — Genosse Alexander Schleisinger ist in Magdeburg auf Requisition von Halle verhaftet worden. — In Halle wurde Frau Wiebeler zu 1½ Jahren Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. — Das Verbot von Zeitungen in Elsch-Lothringen hat sich, außer auf den „Vorwärts“, auf die „Berliner Freie Presse“, die „Zukunft“, den „Zeitgeist“ und den „Pionier“ erstreckt. — Drei Gesangsvereine sind in Berlin deshalb aufgelöst, weil einzelne Mitglieder derselben auch zugleich Sozialdemokraten waren. — Der Verein für Reform der Schule in Berlin ist angeklagt, ein politischer Verein zu sein, weil Frißsche, Dolinsin u. c. Mitglieder sind. — Der Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse“, Behold, wurde wegen Beleidigung des Polizeidirektors Siebdrat zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Correspondenzen.

Leipzig, den 25. Juni. (Unser Glaube im Kampfe gegen die Reaction.) Die Geschichte der Attentate in neuerer Zeit, sowie die daraus entspringenden Folgen, welche nur zum geringeren Theil der natürlichen Erregung, zum weitesten größten aber der künstlich durch die Presse bis zum leidenschaftlichen, blinden Fanatismus gesteigerten Anschauungsweise zuzuschreiben sind, muß jeden denkenden Menschen mit eigentümlichen Betrachtungen erfüllen. Man hat das Unerhörte gesehen, daß aus Verbrennen, die, nach Allem was bisher als glanzwürdig erscheint, nur als eigenmächtige, von politischen Motiven weit entfernte Thaten betrachtet werden können, vermittelt des Willens der Regierung, verschärft und unterstützt von der dienstfertigen liberalen und konservativen Presse, Dinge erwachsen, welche geradezu jeder Logik entgegenlaufen. Auch wir, die Sozialdemokraten, verdammen jeden feigen, hinterlistigen Angriff auf das Leben eines Menschen und sind überhaupt weit entfernt von der Annahme, daß der Tod eines Monarchen unserer Sache hätte Nutzen bringen können, da das System, welches wir bekämpfen, nicht in einer einzigen Persönlichkeit concentrirt, sondern durch eine sorgfältig zusammengestellte, wohlorganisirte Gesellschaft repräsentirt wird. Man wird zugedenken müssen, daß die Operationen des herrschenden Systems von großem Erfolge begleitet gewesen sind, sonst wäre es nicht möglich, daß in vielen Köpfen noch ein solch erstaunlicher Unsinns waltet und die einfache, klare Vernunft so schlecht Eingang findet. Beschämend ist es jedenfalls, daß im neunzehnten Jahrhundert die sinnlosen, durchaus ungerechtfertigten und übel angebrachten Heberien der Presse im Stande sind, den gesunden Sinn eines Volkes zu trüben und zu verwirren, es aufzustacheln gegen eine Partei, die es sich zur Aufgabe macht, dem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten. Dürfte es aber von den Behörden, welche doch, unserer Ansicht nach, auch für das arbeitende Volk da sind und dasselbe gegen verleumderische Angriffe in Schutz zu nehmen haben, gebudet werden, daß die Zeitungen Thatsachen wissenschaftlich entstellen, mit Ideen eigener Erfindung ausschmücken und deshalb zu unrichtigen Ansichten verleiten und Alles aus dem Grunde, um für einige Wochen ihren Lesern eine recht aufregende Lektüre zu bieten? Viele Zeitungen handeln lediglich aus dem letzteren Grunde. Dem ruhigen Beobachter muß es indes einleuchtend sein, daß das bis zur Eitelhaftigkeit fortgesetzte Geschrei der nach der Pfeife der Regierung tanzen, resp. schreibenden Blätter lediglich deshalb so stark ist, weil man das herrschende System der Volkverdümmung, der Nachtung des Arbeiterstandes, welches zu wanken beginnt, noch mit letzter Anstrengung zu stützen und neu zu befestigen strebt. Die bei dem Bourgeois immer mehr eingreifende Ueberzeugung, daß das Volk endlich gewillt ist, die seit Jahrhunderten getragene Bevormundung abzuwerfen und seine Rechte geltend zu machen, hat die herrschenden Klassen in Todesangst versetzt, denn es ist ja die Macht des Geldbills, die in Gefahr ist und ohne diese Macht sind ja auch die Bourgeois — gewöhnliche Menschen. So kommt es, daß nur selten ein vernünftiges Wort von diesen Leuten hörbar wird, desto stärker aber der Ruf nach völliger Vernichtung aller Sozialdemokraten ertönt. Wodurch sind denn sonst die so überaus schamlosen Maßregeln gegen die Arbeiter bedingt? Gesehen die Zeitungen denn nicht ein, daß in Bezug auf die Ausbeutung des Attentats so ziemlich Alles erlogen ist?

Nachdem also wochenlang ein Unsinns über den andern fabrizirt wurde, kommen nachher viele Zeitungen, darunter das liebenswürdige „Leipziger Tageblatt“ zu der Erkenntniß, daß das Attentat nur eine negative Bedeutung habe, die eigentliche Gefahr für unsere jetzige Zeit aber darin liegt, daß sowohl Hödel als Robiling sozialistischen Prinzipien gelehrt hätten. Nicht wahr, „Tageblatt“, es hat lange gedauert, bis diese salminante Idee in den Dickhäuteln gewisser Leute aufgedämmert ist? Bekanntlich ist ja auch das Institut des Arbeiter-Bildungsvereins die Pflanzstätte des Sozialismus. Warum nicht auch die Volksschule? Einfach deshalb, weil Ersterer von Männern mit entwickeltem Verstande, Letztere aber von Kindern mit biegsamem Geiste besucht wird und diese dann allerdings sich durch geeignete Behandlung zu treuen Patrioten entwickeln, bis — sie geschiedet werden. — — — Und nun vorwärts, die ganze Erbärmlichkeit der liberalen Presse ist zu grell ans Tageslicht getreten, um so schnell dem Gedächtnisse wieder zu entschwinnen. Wir Sozialdemokraten haben das Recht, die Freiheit und die Wahrheit zu unserm Bestande und die Wahrheit läßt sich nicht mit dem Gewande der Lüge und der Verleumdung bedecken. So gering auch unsere Presse an Zahl noch ist, sie widersteht selbst den Angriffen der Reaction, der irreführenden Meinung. Der sozialistische Idee gehört die Zukunft und im Erkennen dieser Thatsache wollen wir auch ferner zusammenhalten und werden dann befähigt sein, unser Ziel zu erreichen. Moralisch hat die Sozialdemokratie schon oft gesiegt und der beste Beweis ist die Keuzierung des „Leipziger Tageblatt“: „Mit dem Todtschneid bistattirt man nicht“, weil man nämlich dabei den Kürzern zieht. Der 30. Juli wird zeigen, daß wir zu kämpfen verstehen für unsere Ueberzeugung und unsern Glauben. A. S.

Danzig, 18. Juni. Am 15. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, wurde bei mir Hausdurchsuchung gehalten, und hat die Polizei einen guten (?) Fang gemacht? Es wurde ein Bericht für die „Königsberger Freie Presse“ und ein Brief (beides im Alter von 6 Monaten) freundschaftlichen Inhalts von einem Breslauer Parteigenossen vorgefunden. Derselbe ersuchte mich in seinem Schreiben, ihm seinen Rod zu schicken (er war bei mir in Schlafstelle) und berichtete mir gleichzeitig über dortige Volksversammlungen. Als man weiter nichts finden konnte, verlangte man von mir die Abonnementliste. Und als ich den Herren sagte, daß ich eine solche nicht besitze, sollte ich ihnen die Namen und Wohnungen der Abonnenten mittheilen, was ich natürlich ablehnte. Unklarlich ist es mir, was man mit den beiden Schreiben will; das zweite soll doch wahrlich nur dazu dienen, um bei meinem Freunde in Breslau Hausdurchsuchung zu halten.

Es mag nur wenige Städte geben, in denen die Sozialdemokratie so wenig Wurzel gefaßt, wie gerade in Danzig. Auch unsere Stadt ist ja wiederholt von sozialdemokratischen Agitatoren heimgesucht worden, aber dem gesunden Sinn, größtentheils der den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen angehörenden Arbeiterbevölkerung, ist es zu danken, daß ihnen das Wiederkommen verweigert worden ist. Bei uns hat es sich so recht deutlich gezeigt, einen wie festen Damm gerade die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine der Sozialdemokratie entgegengekehrt haben, da diese Gewerksvereine es waren, welche bei uns der Sozialdemokratie, trotz der vielfach (in 8 Jahren 3 Versammlungen!) gemachten Anläufe, keine Wurzel lassen ließen. Es hat sich hier allerdings seiner Zeit ein sogenannter sozialdemokratischer Wahlverein gebildet, der es aber über die Zahl von zwölf Mitgliedern, die höhnend die zwölf Apostel genannt wurden, nicht bringen konnte und sich schließlich in Wohlgefallen (wurde polizeilich aufgelöst) auflöste. Glücklicherweise hat es ja in Danzig mit der Sozialdemokratie gute Wege, damit es aber so bleibe, thut jeder politisch denkende

Mann sein Theil dazu; man suche die guten und gesunden Bestrebungen der Arbeiter, wie sie z. B. in den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen liegen, sowie alle die Sozialdemokratie bekämpfenden Bestrebungen zu heben und zu fördern, es wird dies zum Wohle unseres Volkes (genannt Dr. Max Hirsch, damit er 6000 Mark bekommt) gereichen.“ So schreibt das fortschrittliche Organ, genannt „Danziger Volkszeitung“. Das gute Blatt scheint nicht zu wissen, daß von diesen zwölf Aposteln noch immer der Petrus am Leben ist, und so lange Petrus in Danzig ist, hat er auch Anhänger. „Lieb' Bürgerlein, magst ruhig sein, der Redakteur Langonski hält Danzig vom Petrolem rein.“ C. D.

Hiel, 24. Juni. Wie ich bereits berichtete, hat man auf der hiesigen kaiserlichen Werft an die Arbeiter Anforderungen gestellt, die von jedem ehrlichen Menschen, gehöre er einer Partei an, welcher er wolle, verdammt werden müssen. Wie ich aus sicherster Quelle weiß, hatten die Militärbehörden geglaubt, die Arbeiter würden sich derartige Anforderungen nicht gefallen lassen und es werde „militärisches Einschreiten“ notwendig werden. Die Posten wurden daher verdoppelt und mit scharfen Patronen versehen, das Militär wurde konsignirt, und so geräthet harrete man der Dinge, die da kommen sollten — aber nicht kamen. — Am 22. d. wurde den Arbeitern folgendes Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt:

„Ich erkläre hiermit auf Ehre und Gewissen, daß ich keiner sozialdemokratischen Verbindung angehöre und keine Geldbeiträge für diesen Zweck beisteuere. Ich verspreche, daß ich, so lange ich im Dienst der kaiserlichen Werft stehe, an keinerlei sozialdemokratischen Bestrebungen mich betheiligen will, und verpflichte mich, keinem sozialdemokratischen Verein beizutreten und keine derartigen Versammlungen und Vereine zu besuchen, keine Geldbeiträge für sozialdemokratische Zwecke herzugeben und keine sozialdemokratischen Zeitungen oder andere solche Schriften zu lesen oder zu halten.“

Das Schriftstück richtet sich selbst und will ich über dasselbe nicht viel Worte verlieren. Künftige Kulturhistoriker werden, wenn sie Deutschlands größte Schmach und Erniedrigung beschreiben werden, sich nicht auf die Napoleonische Epoche, sondern auf die Jetztzeit berufen und den Beweis aus derartigen, vom finstern Geiste der Reaction durchwehten Maßregeln, durch welche die Gefinnungs- und Meinungsausprägung gemordet werden soll, erbringen. Obiges Schriftstück wurde den Leuten zur Unterschrift vorgelegt, nachdem man zwei Tage vorher bekannt gegeben, daß Jeder, der sich den draconischen Bestimmungen nicht füge, als aus der Arbeit entlassen zu betrachten sei. Die Arbeiter kamen und unterzeichneten Alle, bis auf Zwei. Wohl mochte Manchem die Hand gezittert und die Hornesröthe auf den Wangen gebrannt haben; aber sie unterzeichneten „aus freiem Willen“, weil vor ihnen die Hungerföhler stand, der sie mit ihren Familien überantwortet werden sollten. Verblüfft sahen die hoch- und niedriggestellten gegnerischen Elemente drein, denn so etwas hatten sie nicht erwartet. Sie erwarteten Aeußerungen der Entrüstung, Ausbrüche des Unwillens, wüthten sie doch, daß zwei Drittel der Arbeiter Sozialdemokraten sind, und da kamen diese bösen Umstürzler, unterschrieben den Ullas und machten es nicht möglich, daß die „schießende Flinte“ und der „hauende Säbel“ in Anwendung gebracht werden konnte. — Wie erwähnt, verweigerten zwei Arbeiter die Unterschrift und erklärten rüch heraus, daß sie sich unter keinen Umständen solchen schmachlichen Humthungen fügen würden. — Durch ihre Heldenthat meinte die Werkdirektion den Staat gerettet und die Sozialdemokratie manetodt geschlagen zu haben. Glücklicherweise befindet sie sich auf dem Holzwege und hat gerade das Gegenheil von Dem erzielt, was sie erzielen wollte. Die Arbeiter werden ihre Beiträge zahlen, sie werden die Versammlungen besuchen, sie werden auch ihre Zeitungen und Schriften lesen, dafür ist gesorgt, und sind zehn Werkdirektionen und zwanzig Handelsministerien nicht im Stande, dem Arbeiterstand seine Gefinnung zu rauben. Den besten Beweis von der Hurd- und Auslosigkeit des oben erwähnten Vorgehens erbrachte die gestern Abend abgehaltene Volksversammlung, welche von mehr als 2000 Menschen besucht war und welche in musterhafter Ruhe den Ausführungen der Redner folgte. Es wurde ein Wahlcomité gewählt und nahmen, was nicht genug zu beachten ist, die Vorgesetzten sofort freudig an; nicht ein Einziger lehnte die auf ihn gefallene Wahl ab und Alle versprochen treu und fest einzustehen für die Sache der Arbeiterpartei. Ein wahrer Beifallsturm brach los, als der Candidat, Genosse Oldenburg, Redakteur in Hamburg, aufgestellt wurde. Obgleich nach der famosen aus dem Dänischen herübergekommenen Gesetzesbestimmung an Sonnabenden die Versammlungen bloß bis 10 Uhr dauern dürfen, wurde die Tagesordnung erledigt, denn es bedurfte nicht vieler Worte. Angesichts der Gewaltmaßregeln fühlten die Arbeiter, daß sie fest zusammenstehen müssen. Die Gegner, und besonders die Werkdirektion, können sich eine Lehre aus der Versammlung ziehen. Wir haben alle Hoffnung, unsern Candidaten durchzubringen. —

Marburg, 24. Juni. Auch hier sind die Folgen der Denunziationen nicht ausgeblieben. Am 17. d. M. wurde auf dem Wege zwischen Marburg und Niederwalgern der Gutbesitzer H. Lauer aus Niederwalgern verhaftet, angeblich wegen „grober Majestätsbeleidigung“; derselbe ist ein alter bewährter Parteigenosse und war bei der letzten Reichstagswahl Candidat der Sozialdemokraten unsern Wahlkreises. Sind nun auch Manche, welche sich über die Verhaftung freuen, so ist doch die Mehrzahl in hiesiger Gegend, welche Lauer bedauert, indem er nicht allein krank, sondern auch ein treuer Berater und Helfer der Armen, wie ein in jeder Beziehung geachteter Mensch ist. Wir sind gespannt, welchen Verlauf die am 1. Juli stattfindende Hauptversammlung vor hiesigem Kreisgericht nimmt. Ueber das „anständige“ Verhalten unserer Gegner, hauptsächlich unserer hiesigen Presse, brauche ich ja wohl kein Urtheil abzugeben, hier, wie überall, Lüge und Verleumdung; schade nur, daß man Rod und Galgen gegen die verhassten Sozialdemokraten nicht mehr in Anwendung bringen kann. Dies mag wohl manchen Stoßseuffer unseren Gegnern abpressen. Doch genug! Wir werden ja sehen, wer am längsten ausharrt, die Lügen oder wir, die wir für Recht und Wahrheit einstehen. Mit Gruß D. Sch.

Mainz, 16. Juni. Gleich nach dem ersten Attentat hielten wir hier eine Versammlung ab, in welcher Genosse Lange über die Thätigkeit des Reichstags referirte. Hatten sich die Gegner schon hierüber sehr geärgert, so brachen sie in ein förmliches Wuthgeheul aus, als wir nach dem zweiten Attentat, am 12. d. Mts., eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und ihre Zukunft“ einberiefen. Ein hiesiges Reptil schrieb unter Anderm: Auch hier hält die sozialistische Bande mit wahrer Wanzenfresser Versammlungen ab. Es herrschte allgemeine Spannung, wie die Versammlung verlaufen werde und die Spießbürger säßelten schon von allerhand schrecklichen Geschichten. Das Geschimpfe und das Geschrei der Gegner hatte das Resultat, daß über dreitausend Menschen der Versammlung beiwohnten, die mit der größten Ruhe und Aufmerksamkeit den Worten der Redner lauschten, so daß die von der

Polizei getroffenen Vorsichtsmaßregeln unnötig waren. Die kleine Anzahl anwesender Gegner hielt es unter solchen Umständen für gerathen, sich ebenfalls ruhig zu verhalten. Genosse Jöst wies in klarer und gediegener Rede nach, daß die Zukunft der Sozialdemokratie gehöre, alle Lügen, Verleumdungen und Verfolgungen würden daran nichts ändern. Betreffs der Entlassung der sozialistischen Arbeiter bemerkte der Redner, daß dies von den Gegnern sehr kurzfristig gehandelt sei. Die sozialistischen Arbeiter, die sich jetzt hauptsächlich in den größeren Städten concentrirten, würden dadurch gezwungen, an kleinen Orten Arbeit suchen und nehmen, die Apostel der Sozialdemokratie zögen in jedes Dorf, in jedes Städtchen ein und in nicht allzu ferner Zeit werde der so überall hin verstreute Same des Sozialismus keimen und Wurzel fassen und diese Saat reiche Früchte bringen. Nachdem der Referent geendet, forderte Genosse Leyendecker die Gegner auf, ihn zu widerlegen, und als sich keiner meldete, geißelte er in scharfer Weise das Gebahren der Presse der Sozialdemokratie gegenüber. Auch eine zweite Aufforderung an die Gegner blieb von denselben unbeachtet, man ist eben zu feig, uns offen und ehrlich gegenüber zu treten. Die Opferwilligkeit und das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist unter der Mainzer Arbeiterbevölkerung durch die vielen Verfolgungen wesentlich gehoben worden.

Aus Baden, den 20. Juni. Die „Kulturblüthen im freien Baden“ zeitigen immer bessere Früchte. Die Pforzheimer Reichstagen konnten wegen der glänzenden Erfolge der Wieslocher Kaufpolitiker nicht mehr ruhig schlafen, auch sie wollten sich ihre Lorbeeren erringen, indem sie nach dem vom „Badischen Militärblatt“ warm empfohlenen Universalrezept, die auf dem Lande herumwummelnden, ihre giftigen Lehren verbreitenden Sozialisten mit ungebrannter Asche durchsprügelten und heimzuschicken empfahlen. Diesem „patriotischen“ Rath getreu, wurde eine von uns anberaumte Versammlung in Weizenstein mit der Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen“ durch Beeinflussung des Wirthes seitens der Gegner vereitelt. Eine kleine Anzahl Genossen machte nachmittags einen Spaziergang nach genanntem Orte, wobei drei Genossen sich überzeugen wollten, ob die Lokalität wirklich anderweitig vergen sei oder nicht. Kaum dort angekommen, wird ihnen „Die Wacht am Rhein“ entgegengebracht. Alles war angefüllt mit Kriegervereinigern und sonstigen „ordnungsliebenden“ Patrioten. Unter ihnen bewegte sich der „Landtagsabgeordnete für Pforzheim“, ebenso Stadtrathe, Beamte und Gerichtsvollzieher. Als diese gebildeten Herren sahen, daß wir weiter gingen, riefen sie uns nach: „So ihr Lausbuben, geht nur fort mit euren abgesetzten Hosen!“ Unbekümmert um dies schamlose, Putsche provozierende Benehmen gingen wir weiter, in der Absicht, im Gasthause zum „Geist“ dortselbst mit aller Gemüthsruhe ein Glas Bier zu trinken. Aber wir Sozialisten denken und die Kriegervereinigern lenken. Im Lausfritt erschienen circa 150 „Heldensöhne“, welche die Wirthschaft schnell anfüllten. Vor der Wirthschaft war noch eine große Anzahl postirt, welche keinen Platz mehr finden konnte. Jetzt ging es los! Unter der Aufsicht von drei Gensdarmen wurden wir in jeder Weise insultirt, wobei man uns zumuthete, in ihr Gebüll, was dieselben Gensdarmen nannten, einzustimmen. Der Vorsitzende des Kriegervereins eröffnete sodann das Redetournee. Hochs auf den Kaiser wurden ausgebracht, und ärgerlich darüber, daß wir schwiegen, folgte allgemeines Wuthgeschrei. Es ertönte der Ruf: „Raus, raus mit den Königsmördern!“ Unsere Gemüthsruhe ärgerte den gebildeten Böbel noch mehr, so daß Einer meinte, ihr Benehmen mache uns noch Spaß. Das war das Signal zum Angriff. Ein Genosse wurde hinauspedirt, der sogenannte „Elephantenschmied“ aber spielte die Hauptrolle, der seiner Zeit mit dem Vorschlaghammer die Stadt unsicher machte, wobei er die Schmiedegesellen zur Arbeitseinstellung zwang, eine Heldenthat, die ihm einige Tage Buße im „Hotel Kirchgänger“ auferlegte. Damit aber damals nicht genug, schlug derselbe ein Dedelglas mit dem Bildniß des Kaisers aus reinem Patriotismus zu Scherben. Dieser Mensch nun gab das Signal mit dem Todtschläger. Alle suchten damit in der Luft herum, er selbst schwang den Seinen über Lehmann und Belzner mit dem Bemerkten: „Jetzt nur auf die Zweite losgehauen.“ Unsere Ruhe aber imponirte denselben so sehr, daß sie es schließlich nicht wagten, Auge gegen Auge auf uns zu schlagen. Erst als wir hinaus wollten, wurden wir meuchlings angefallen. Der Schmied schlug mit seinem Todtschläger nach Lehmann, traf aber glücklicherweise nur die Thürschwelle. Einem andern Genossen warf man einen Milchtopf nach, allerdings ohne schlimme Wirkung. Draußen stand immer noch die Gensdarmrie mit gekreuzten Armen. Der Wachtmeister, von Belzner aufmerksam gemacht, daß es doch seine Pflicht sei, diesen Unwesen zu steuern, erwiderte bloß mit Achselzucken. Bis vor das Dorf verfolgt, rief uns der Schmied nach: „So ihr Lumpenbuben, für diesmal kommt ihr noch gut davon, das nächste Mal nicht, unsere Kanonen sind geladen und unsere Säbel gewetzt.“

In der Nacht trafen sie in Dillstein ein und suchten alle Wirthschaften durch, um uns auszulapen und gründlich heimleuchten zu können, was ihnen aber auch wieder mißlang. Ärgerlich darüber folterten sie ihre Keulen, in der Stadt angekommen, durch Abdrücken einiger Wundlieder bis zum frühen Morgen! Dieses pöbelhafte Betragen erzeugte bei der sonst neutral gebliebenen Einwohnerschaft gerechten Abscheu gegen die Urheber. Unserer Haltung wurde alle Achtung gezollt. Nur der „Pforzheimer Beobachter“ hat dies schändliche Gebahren gutgeheißen, was den Bildungsgrad des betreffenden Redakteurs trefflich charakterisirt. Hoffentlich wird dieser Akt der Brutalität Jedem eingedenk bleiben und infolge dessen die Bewegung eine noch bessere werden als bisher. Alle gut und rechtlich denkenden Menschen müssen sich vereinigen, nur dann ist es möglich, solche Rohheiten zu verhalten. Also auf zum Eintritt in die wirklich ordnungsliebende sozialistische Arbeiterpartei. Kaltblütige Abwehr gegen die „Ausbreitungen des kumpfsinnigen Fanatismus!“ — Vorwärts, agitiert zur Wahl. Eine möglichst große Stimmenzahl sei der Urtheilspruch des Volkes über die „Landfriedensbrecher.“ Anklage wegen Landfriedensbruchs haben wir beim Staatsanwalt erhoben.

Osnabrück, 18. Juni. Auch in Osnabrück hat sich die Stiebererei gezeigt. Zu unserm Genossen H. kamen zweimal solche Spione, der erste, der offenbar ein Tölpel war, gab sich für einen Berliner Parteigenossen aus, war aber so schlecht unterrichtet, daß er behauptete, B. Grottkau vor einigen Tagen noch gesprochen zu haben. Freund H. ließ ihn natürlich stehen und begab sich wieder an seine Arbeit; der zweite kam einige Tage

später (am dritten Feiertage Morgens) in H.'s Wohnung und lud ihn auf Nachmittags zu einer geheimen Besprechung im Freien ein, Freund H. lehnte natürlich ab, kam aber Nachmittags auf einem Geschäftsgange in dieselbe Gegend und traf dort diesen Herrn mit noch drei andern ihm unbekanntem, die vorgaben, Arbeiter hiesiger Fabriken zu sein, dieselben wollten ihn dann in ein Complot gegen die Fabrikbesitzer einweihen, denn die Revolution gehe doch los. Sie wurden natürlich abgewiesen. Die Warnung des „Vorwärts“ ist sehr berechtigt, möge sie Jeder beherzigen, dann haben solche dunkle Existenzen nirgends Glück. In hiesigen Kavernen sind, wie in vielen Garnisonen, Durchsuchungen beim Militär vorgenommen worden, wie es heißt, ohne Erfolg; auch sind einige Lokale, wo Sozialisten verkehren, für Militär verboten. Unsere liberale Presse hier am Orte, voran die „Osnabrücker Zeitung“, bläst vollständig mit ins Horn der Reaktion, sie heißt solche Thaten wie in Wiesloch und Wertheburg gut und fordert auch dazu auf. Sie versucht ähnlich hier vorzugehen und ertheilt den Arbeitgebern den Rath, alle Sozialisten zu entlassen. Diese Presse wäre im Stande, eine Bartholomäusnacht heraufzubeschwören, wenn das nicht am gesunden Volkssinne scheiterte, gemein genug ist sie. Es ist deshalb Pflicht der Arbeiter, allerorts die richtige Antwort hierauf zu geben, indem sie auf die liberale Presse nicht wieder abonniren und dafür die Arbeiterpresse lesen. Die Parteigenossen mögen bedenken, daß es zur Wahl geht, deshalb sind sie doppelt verpflichtet, für unsere Presse einzutreten, denn sie ist eine gute Waffe gegen Lüge und Verleumdung.

Aus Mecklenburg. Meine letzten Correspondenzen haben ein heiteres Nachspiel erhalten: nämlich zwei neue Klagen gegen den „Mecklenburgischen Arbeiterfreund“. Die von mir angegebenen Thatsachen waren für das „Mecklenburgische Tageblatt“ so compromittirend (nun gerade zur Neuwahl!), daß die Wuth in hellen Flammen ausbrach. Vergebens suchte der „Redakteur“ des Blattes eine Zeit lang saule Wige zu reizen, es half Alles nichts, der „Arbeiterfreund“ versetzte ihn in eine Art Delirium — Resultat: Strafantrag Nr. 1 gegen den Redakteur unseres Parteiblattes. Er wollte nämlich nicht glauben, daß er Gemeinheiten geschrieben. Darauf wurde im „Arbeiterfreund“ über das Verhör referirt, wobei die inkriminirte Stelle ähnlich wieder gegeben und zugleich dem anständigen liberalen Blatte der Taufzwang unter die Nase gerieben wurde; darauf neue Wuth und der Strafantrag Nr. 2. Thatsächlich blieb dem Armen auch kein anderer Weg übrig, sich zu rächen, denn auf die Sache selbst kann er nicht eingehen, will er sich nicht noch mehr blamiren. — Die Gensdarmen, welche in Krügelin und Dargun seinerzeit mit soviel Härlichkeit gehandelt haben, sind nun doch bestraft worden; Beide sollen wegen ähnlicher Vergehen bereits Verhaftung resp. Strafe erhalten haben. — Daß unserem Genossen Hofbaurath Demmler die Fenster eingeworfen worden sind, haben Ihre Leser bereits erfahren, aber nicht, daß die rothen Flegel jedenfalls Gymnasialisten sind. Rette Kulturblüthen! Was ist aber von diesen Bengeln mehr zu verlangen, wenn selbst in den Zeitungen die Gewaltthaten gegen Sozialisten ganz unverhüllt gepredigt werden, und wenn, wie aus Schwerin Genosse B. dem „Meckl. Arbeiterfreund“ schreibt, der Redakteur der „Mecklenburger Zeitung“ auf offener Straße ruft: „Die Sozialdemokraten müssen gehängt werden!“ — Eine kleine Ueberraschung hat uns die Mecklenburgische Regierung mit einem „amtlichen Erlaß“ bereitet. Darin ist nämlich zu lesen, daß die löbliche Polizei streng auf sozialistische Schriften, Versammlungen und Vereine zu fahnden hat. — Vom 1. Juli ab wird der bisherige „Mecklenburgische Arbeiterfreund“ den Titel „Mecklenburg-Pommerscher Arbeiterfreund“ führen.

München, 25. Juni. Daß unser hiesiger sozialdemokratischer Arbeiterverein polizeilich geschlossen worden ist, wissen Sie wohl schon aus anderen Zeitungen. Aber die Motive, welche die Polizei angiebt, kennen Sie noch nicht. In denselben wird als Belastungsmoment auch angeführt, daß die Sozialdemokraten Münchens ihre Organisation stets so einrichteten, daß sie geleglich nicht zu beanstanden war. Nächstens werden die Genossen sich darüber zu verantworten haben, daß sie durch fortwährend gefähliches Vorgehen sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben. Eine bessere Illustration unserer Rechtszustände kann wohl nicht gegeben werden. Wir bleiben aber trotz der neuen Ohrfeige und trotz der darin enthaltenen Consequenz, daß wir ungefällig vorgehen sollten, doch — ruhig! Verstanden?

Leipzig. Es tritt immer klarer zu Tage, was es mit der Wahrung der sozialdemokratischen Arbeiter und deren Presse von Seiten des Fabrikantenthums eigentlich für eine Bewandniß hat: Die ganze Geschichte läuft schließlich auf eine allgemeine Lohnherabsetzung hinaus.

Um eine solche durchzuführen, kommt es unter gewöhnlichen Zeitverhältnissen bekanntlich darauf an, daß diejenigen unschädlich gemacht werden, von welchen irgendwelcher Widerstand zu erwarten ist; und das sind in den weitaus meisten Fällen Sozialdemokraten. Was der deutsche Arbeiterstand an Intelligenz und Geschicklichkeit aufzuweisen hat, befindet sich im Lager der Sozialdemokratie; ohne diese wäre die deutsche Industrie vollends „für die Katz“. Gelingt es nun bei einer Lohnbewegung den Fabrikanten, mittelst Brutalität und Chilane diesen intelligenten Theil von den übrigen Arbeitern zu isoliren und ihm die Führung zu entreißen, so haben die „Herren“ gewonnenes Spiel. Der „gute“ Theil der Arbeiter — das „Lumpenpad“, wie sich ein großer Buchdruckereibesitzer Leipzigs seinerzeit dem Schreiber gegenüber ausdrückte — wird mit allerlei schönen Phrasen gedöbert, bis er anbeißt und seine Vorkämpfer im Stich läßt. Die Mittel, welche hierbei in Anwendung kommen, sind bekannt genug. Da wird von Verborgung auf Lebenszeit, lohnender Beschäftigung, ewiger Dankbarkeit u. s. w. gesprochen; was natürlich alsbald vergessen ist, wenn die „Herren“ über den Berg sind und die von ihren Berufsgenossen verrathenen Arbeiter anrücken, um ihre alten Stellen zum Theil wieder einzunehmen, welche man den „Gutgefanten“ beim besten Willen nicht lassen kann, weil sie denselben nicht vorstehen können. So geht's im Allgemeinen und derart steht die Sache auch heute. Die Behauptungen der reaktionären und liberalen Presse, im Bunde mit dem Heißhunger des Kapitals, machen sich bereits dort bemerklich, wo seither wenigstens noch einiger Halt war. Hier ein Beispiel. Im Jahre 1873 einigten sich die Buchdruckereibesitzer mit ihren Gehilfen über einen Lohnarif, der für ganz Deutschland Geltung haben sollte und zu dessen Ueberwachung ein Einigungsamt, bestehend aus Prinzipalen und Gehilfen, bestellt wurde. Die Kündigung des vereinbarten Lohnarif, welche beiden Theilen freistehen sollte, wurde auf Grund eines schriftlichen Vertrags an bestimmte Voraussetzungen gebunden, deren Prüfung gleichfalls dem Einigungsamt überwiesen wurde. Bis hierher verlief die Sache ganz glatt, und so lange das Geschäft florirte und kein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden war, erwies sich das Verhältniß als durchaus erträglich. Es gab haben und dräben Leute genug, die da meinten, daß es bei Regelung des Lohnverhältnisses lediglich auf den „guten Willen“

der Beteiligten ankomme. Kurz, man glaubte vielfach, über den „Interessen“ war in einem wichtigen Industriezweige durch Thatfachen erwiesen — Mag Hirsch behielt Recht. (Daß derselbe hiervon kein Aufhebens gemacht hat, ist verschiedenen Umständen geschuldet. Einmal hatte man den guten Mann bei der ganzen Geschichte nicht in Anspruch genommen, sondern ihm i. J. sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß man seiner nicht bedürfte; zweitens handelte es sich doch höchstens um ca. 7000 organisirte Arbeiter, welche Hiffer in Rücksicht auf die Zahlen, mit welchen Hirsch operirt, eigentlich gar nicht in Betracht kommt.) Da kam die Krisis, welche das Buchdruckgewerbe in furchtbarer Weise traf. Die organisirten Gehilfen machten riesige Anstrengungen, um die Folgen des Arbeitsmangels zu überwinden und zahlten 1875 allein für die reisenden Genossen ca. 100,000 Mark an Reiseunterstützung, abgesehen von den Beträgen, die in Form von Arbeitslosen-Unterstützung u. s. w. zur Auszahlung kamen. Freilich wurde hierdurch erreicht, daß sich die Zahl der „Hände“ um viele Hunderte verminderte, die sich sonst den Druckereibesitzern für jeden Preis hätten anbieten, infolge dessen den mit schweren Opfern errungenen Tarif zu Fall bringen und damit den Lohn der Arbeitenden auf ein Minimum hätten herabdrücken müssen. Aber das Verhängniß abzuwenden, waren die Gehilfen nicht im Stande; der feiernden Hände wurden zu viele — mit der „Harmonie“ war es zu Ende. Was nun folgte, ist bald gesagt: Trotz aller Vereinbarungen haben die Buchdruckereibesitzer den Lohnarif beseitigt und zwar auf eine Weise, die dem Vertrage nicht entspricht. Einem Besuche der Leipziger Gehilfen, den Tarif eventuell zu vertheidigen und zu diesem Zweck einen Fond anzukammeln, ist seitens der Druckereibesitzer damit begegnet worden, daß den Arbeitern das Steuern zu diesem Fond verboten und gleichzeitig „Vorwärts“ und „Fackel“ aus den Druckereien hinausgeworfen worden sind. — Wenn Mag Hirsch dereinst die „Harmonie der Interessen“ mit Pauken und Trompeten ins Leben einführen wird, dann werden sich die Buchdrucker ihres Einigungsamtes wie eines „Marchens aus alten Zeiten“ erinnern.

Infolge der andauernden Inhaftirung meines Mannes, des Handelsbuchhalters Klemich, der eines Preßvergehens nach § 166 angeklagt ist, bin ich außer Stande, die „Blätter für geistigen Fortschritt“ ferner erscheinen zu lassen. Ich befinde mich mit der Familie in gefahrvollster Lage, die Behörden haben bereits die Concession zur Fortbildungsschule entzogen, die Lehrer der Handelsschule haben zumeist ihren Dienst verlassen, selbst der buchhändlerische Commissionär in Leipzig hat die Geschäftsverbindung aufgehoben, dabei siehe ich nicht allzu fern von meiner Niederkunft.

Unter solchen Umständen kann ich unsere Zeitschrift, die ohnehin einen Ruhen nicht abwarf, nicht länger erscheinen lassen. Wer noch ein Guthaben hat, in Folge Vorauszahlung, den bitte ich, dafür Broschüren meines Mannes oder frühere Jahrgänge unserer Zeitschrift zu entnehmen und darüber mir Mittheilung zu machen, auch durch Entnahme von Lehrbüchern, Broschüren, Jahrgängen unserer Blätter u. mich zu unterstützen.

Dresden, den 23. Juni 1878.
Frau Eugenie Klemich,
Schloßstraße 23, II.
Befreundete Organe werden um Abdruck gebeten.

Offenbach. Der Strike der Schuhmacher Offenbachs ist beendet. Näherer Bericht sowie die gesammte Abrechnung erfolgt im „Becker“.
Auf ausdrückliches Verlangen des Hrn. Dr. L. in R., selbiges im „Vorwärts“ zu quittiren, 5 Mk. für die Strikeuden dankend erhalten.
J. Dworzak, Kassirer.

Briefkasten
der Expedition. F. H. K. in Falkenstein: Ihrem Wunsch kann nicht entsprochen werden.

Herr Ernst Pittich, Schloffer, im September 1877 in Stuttgart sich aufhaltend, wird ersucht, wichtiger Mittheilungen halber und seiner Adresse zukommen zu lassen.

Ein Parteigenosse in Chicago oder in Amerika überhaupt, wird ersucht, der unterzeichneten Wittwe Auskunft zu geben über den Verbleib ihres Sohnes, des Tuchmachers August Thiele aus Cottbus. Seine letzte Adresse vom 20. November 1876 war Heilmann Street Nr. 41 Chicago, St. Illinois, Fiedler Nord Welt Nr. 449—451. Die durch einsehenden Kosten bin ich bereit zu vergüten.
Wittme Thiele, Cottbus, II. Klosterstraße 200, Niederlausitz.
Die amerikanischen Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Wahlfonds.
Von F. H. K. Falkenstein 1,00; v. Mehreren K. hier 150,00; Bstr London 1,00; R. Ruffa 3,00; Dbrck hier 1,00.

Allgemeine Deutsche Associationsbuchdruckerei in Berlin (Eingetragene Genossenschaft).
Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.
Heute haben wir den Geschäftsbericht pro 1877—78 verjant. Diejenigen Genossen, denen der Bericht nicht zugegangen sein sollte, wollen sich an Unterzeichneten wenden.
Berlin, 20. Juni 1878.
Der Vorstand der Allg. Deutschen Associationsbuchdruckerei.
H. Radow. [2,70]

Bekanntmachung.
Die von der Generalversammlung für das Geschäftsjahr per 1. April 1877 bis 31. März 1878 festgesetzte Dividende von 6 Pct. für die vollstehende Genossenschafts-Anteile kann auf unserm Comptoir, Fackelstraße 12/II erhoben werden. — Richterhobene Dividenden werden den betr. Anteil-Inhabern gutgeschrieben.
Leipzig, 26. Juni 1878.
Der Vorstand der Genossenschaftsbuchdruckerei.
Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen: [2,10]
Vorwärts, Religion und Sozialismus 1,40
— Die religiöse Frage und das arbeitende Volk 1,00
Geister, Das deutsche Reich und seine Geistesbildung 1,00
Liebesrecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa 1,00
tesachisch werden 1,00
— Die Orientdebatte im deutschen Reichstage 1,00

Roh-Tabak
Domingo 35. 40. 45. 50. 65. 70. 80. 90. 120 Pf.
Brasil 50. 55. 65. 70. 80. 100. 120. 140 Pf.
Seedleaf 40. 50. 60. 70 bis 180 Pf.
Java 90. 100. 120. 140. 160. 250. 270 Pf.
Carmen 80. 90. 120 Pf.
Palmyra 135. 145. 165. 170 Pf.
Lose Domingoblätter 25 und 30 Pf. (68) [1,00]
Ferd. Gätjens, Altona, Rathausmarkt 36.
Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Fackelstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Unser Correspondent hat eine weitere Namensnennung dieser Persönlichkeit zu unserm Bedauern unterlassen. Wir sind der Ansicht, daß es derartigen Leuten zu viel Ehre erweisen hieße, wollte man bei solcher Gelegenheiten ihrer sonstigen Specialitäten gedenken, die sich doch in den gegebenen Thatsachen hinlänglich wieder spiegeln. Nur Mangel der Kenntniß des wirklichen Namens sind wir gezwungen, den „Sogenannten“ so und nicht anders zu erwähnen. Im Weiteren wird keiner nur als „Schmied“ Erwähnung geschehen. Die Red. d. Vorn.